



Newsletter - 25/2015

26.06.2015

Spätestens mit diesem Artikel hat sich die Süddeutsche Zeitung nun endgültig einen Spitzenplatz in der „Hall of Fame“ der Volksverdummungsmedien gesichert.

Was das Aus von Grafenrheinfeld bedeutet

Dass Grafenrheinfeld nun umstandslos verzichtbar ist, liegt vor allem daran, dass Deutschland Strom im Überfluss produziert. Die Branche bricht einen Exportrekord nach dem anderen. Einige Experten rechnen sogar damit, dass Deutschland seine bisherigen Exportrekorde bald erneut bricht. Die Ursache ist der Erfolg der Windkraft und der Photovoltaik.

Da in einem stabilen Stromnetz immer so viel Strom produziert werden muss, wie gerade gebraucht wird, scheint dem Autor nicht bekannt zu sein. Zuviel produzierter Strom ist faktisch Müll, welcher entsorgt werden muss, damit es nicht zu einem Blackout kommt. Stromexporte in Nachbarländer, für den wir auch noch Geld obenauf zahlen müssen, damit diese ihn überhaupt abnehmen als Erfolgsrekord zu feiern, ist wohl mehr als dreist.

Die gigantischen Zuwächse bei Solarstrom und Windkraft sind der Grund, warum es nicht zu Stromengpässen kommen wird.

Diese gigantischen Zuwächse tragen nichts zur Grundlast bei und decken insgesamt lediglich 1,2% des bundesdeutschen Gesamtenergiebedarfs ab.

Bleibt die Frage nach dem Strompreis. Auch da geben Experten Entwarnung. Der Strompreis an der Leipziger Strombörse ist seit dem Start der Energiewende um die Hälfte gefallen. Zuletzt lag er zwischen drei und dreieinhalb Cent je Kilowattstunde. Für die Zeit nach Grafenrheinfeld wird die Kilowattstunde in Leipzig derzeit mit etwa 3,2 Cent gehandelt. Nichts deutet darauf hin, dass sich daran etwas ändert.

Der Strompreis der Leipziger Strombörse ist für den Verbraucher solange ohne Bedeutung, wie erneuerbare Energien zu subventionierten Mindestpreisen vorrangig eingespeist werden.

Vollständiger Artikel:

<http://www.sueddeutsche.de/bayern/droht-der-blackout-die-lichter-brennen-weiter-1.2528576>

Die AfD Hessen sagt „Nein“ zum weiteren Ausbau von Windanlagen in Hessen

Das jüngst veröffentlichte Positionspapier der Klimaschutz- und Energieminister aus Hessen (verantwortlicher Minister Tarek Al-Wazir, die Grünen), Saarland, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Thüringen fordert, die deutsche EEG Subventionspolitik so zu verändern, dass selbst windschwache Binnenstandorte noch auskömmlich mit weiteren Windanlagen errichtet und betrieben werden können.

Der hessische Landessprecher der Alternative für Deutschland (AfD), Rolf Kahnt, hält das Positionspapier für einen weiteren Offenbarungseid: „Damit geben die im Positionspapier genannten grünen Politiker offen zu, dass ein wirtschaftlicher Betrieb von Windanlagen im Binnenland nicht möglich ist“. Von Kassel bis zum Odenwald und zur Bergstraße und vom Rheingau-Taunus bis nach Fulda hätten, so Kahnt, betroffene Bürger sich in zahlreichen sogenannten Informationsveranstaltungen links-grün orientierter Politiker und Aktivisten anhören müssen, dass Stromgewinnung mittels Windanlagen angeblich nicht nur sauber, sondern auch ökonomisch ein gewinnbringendes Unternehmen sei. Kahnt bemängelt, dass kritische Fragesteller mit ihren Redebeiträgen als weltfremd oder fortschrittsfeindlich stigmatisiert, oder – wie durch den Gelnhäuser Bürgermeister Stolz geschehen – als „schizophren“ bezeichnet worden seien.

<http://www.afd-hessen.org/die-afd-hessen-sagt-nein-zum-weiteren-ausbau-von-windanlagen-in-hessen>

Anfrage Planungsstand Windkraftanlagen Villmar

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Nawroth,

der Antrag auf Vorbescheid nach § 9 BImSchG für eine Windkraftanlage am Standort Falkenbach wurde zurückgezogen. Ansonsten liegen uns derzeit keine Genehmigungsanträge im Bereich Villmar in Sachen Windkraft vor.

Mit freundlichen Grüßen,
im Auftrag

Lisa Schwarz



Regierungspräsidium Gießen
Dezernat 43.1 - Immissionsschutz I
Marburger Str. 91
D-35396 Gießen

So schockiert ist man im Ausland über die Verschandlung unserer Natur:

<http://notrickszone.com/2015/06/02/shocking-before-and-after-photos-how-wind-parks-are-devastating-idyllic-german-countryside/#sthash.ljW5lsam.xYYyE9My.dpbs>

Windkraft: Rotorblätter sind Umweltrisiko

Ausrangierte Flügel von Windkraftanlagen bereiten in Mecklenburg-Vorpommern zunehmend Probleme. Die Entsorgung der umweltbelastenden glasfaserverstärkten Kunststoffe aus Windmühlen, deren Laufzeiten zwischen 15 und 20 Jahren liegen, sei zurzeit noch ungeklärt, bilanziert eine Studie der Universität Rostock im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion. Energieminister Christian Pegel (SPD) erklärte, Recycling-Verfahren würden zurzeit noch „erprobt“. Einige der alten Anlagen würden gehäckselt, verbrannt und zu Zement verarbeitet, andere nach Osteuropa verkauft. Der Grünen-Abgeordnete Johann Georg Jaeger sagte, er sei „wenig glücklich damit“. Beim Verbrennen könnten Dioxine entstehen.

<https://www.orte-im-norden.de/hansestadt-rostock/wohin-mit-dem-windm%C3%BChlen-schrott/>

MEDIENINFORMATION – 24. Juni 2015 186 DR/NL

Gesetz: Abstand für Windkraft

ROCK: Lebensqualität der Menschen Schützen – Windräder brauchen Abstand

WIESBADEN – „Die technische Entwicklung von Windkraftanlagen hat diese in den vergangenen Jahrzehnten vor allem sehr viel höher und größer werden lassen. In der Regel sind neue Windkraftanlagen heute mehr als 200 m hoch und haben daher massive Auswirkungen auf Bürger, Natur und Kulturlandschaft. Bis zur Jahrtausendwende waren Windenergieanlagen mit Nabenhöhen von 70 m und Rotoren mit einem Durchmesser von unter 60 m und somit einer Gesamthöhe von unter 100 m marktüblich. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen zur Privilegierung von Windkraft im Außenbereich sind jedoch nicht an die wachsenden Anlagen angepasst worden. So ist es aber gerade die Höhe, die den Bedrängungseffekt für die Menschen ausmacht. Deshalb wollen wir die von CDU und SPD auf Bundesebene geschaffene Gesetzesmöglichkeit zur länderspezifischen Festlegung von Abstandsregelungen nutzen“, erklärt René Rock, der energiepolitische Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag.

Rock weiter:

„Die Freien Demokraten haben daher einen entsprechenden Gesetzentwurf heute in erster Lesung ins Parlament eingebracht. Darin wird ein Abstand von der zehnfachen Höhe der Anlage von der Wohnbebauung gefordert. Bei geringerem Abstand verliert das Windrad die Privilegierung im Außenbereich und es bedarf eines umfangreichen Genehmigungsverfahrens statt der einfachen Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz.

Wir sehen diese Regelung als Schutz der Bürger vor Wertverlust, Bedrängungswirkung und Infraschall für notwendig an.“

Wolfgang Nawroth

BI Wind-Wahn Villmar/Runkel
Mitglied der
Europäischen Plattform
gegen Windkraftanlagen EPAW
BI.villmar-runkel@t-online.de
www.bi-wind-wahn.de